

Hartz IV muss endlich überwunden werden!

In die umstrittenen Hartz-IV-Regelungen scheint Bewegung zu kommen.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat angekündigt, Hartz IV per Gesetz zu entschärfen.

Dabei soll die Grundsicherung zu einem „sozialen Bürgergeld“ werden.

Die „Grünen“ haben gerade bei Ihrer Klausurtagung der Bundestagsfraktion die Umwandlung von Hartz IV in eine „Garantiesicherung“ mit einer erheblich erhöhten Regelleistung und „frei von Stigmatisierung“ beschlossen. Dabei war es „Rot Grün“ unter dem ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder, die das System von Hartz IV 2005 gegen heftige Widerstände von Gewerkschaften und Sozialverbänden eingeführt und durchgesetzt haben. Dies hat zu der Verschärfung und Verhärtung von Niedriglöhnen, Langzeitarbeitslosigkeit sowie Armut bei Arbeit und im Alter maßgeblich beigetragen.

(1) Gerade in der erneut eskalierenden Corona Pandemie steigen Arbeitslosigkeit und Armut weiter an.

- sei es, dass Menschen, die in Kurzarbeit sind, Einkommensverluste hinnehmen und über Hartz IV aufstocken müssen;

- sei es, dass sie ihre Arbeit ganz verlieren

- oder sei es, dass sie als prekäre Selbständige bei Auftragsverlust überhaupt keine Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung haben.

(2) Die vom Bundesarbeitsminister Heil angekündigte längerfristige Fortführung der Corona Erleichterungen sind zu unterstützen:

- Die Freibeträge beim Vermögen, d.h. Nichtanrechnung von Vermögen auf die Grundsicherung werden auf bis zu 60 000 Euro erheblich erhöht;

- Gleichzeitig werden die Sanktionen der Job Center wegen Regelverstößen der betroffenen Langzeitarbeitslosen auf maximal 30 Prozent begrenzt. Gemäß Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist dies die Obergrenze bis eine für die betroffenen Menschen zumutbare Neuregelung erfolgt. Auch die besonderen Härten bei den Sanktionen für junge Menschen bis 25 Jahren sollen grundsätzlich entfallen.

- Die coronabedingte Aussetzung des Zwangs zum Umzug in eine kleinere Wohnung soll fortgeführt werden, ebenso die verminderte Prüfung der ergänzenden Wohnleistungen im Rahmen von Hartz IV.

Damit kann Vertrauen in unseren Sozialstaat bei den Millionen Menschen aufgebaut werden, die durch Hartz IV in Not und Armut geraten sind und gerade jetzt durch die Corona Einschränkungen zusätzliche Härten und Ungerechtigkeiten erfahren.

Besonders fatal sind Armut und Perspektivlosigkeit von Millionen Kindern, die unter dem lock down für Kitas und Schulen noch einmal mehr zu leiden haben

Für die betroffenen Menschen ist es unerlässlich, nicht nur ihre materielle Lebenssituation zu verbessern, sondern in den Job Centern und in der Gesellschaft „auf Augenhöhe“ zu bestehen.

Inwieweit das arbeitsmarktpolitische Konzept der „Grünen“ trägt bleibt abzuwarten.

Aber auch die CDU ist dringend gefordert, die Änderungsvorschläge zu Harz IV nicht pauschal abzulehnen, sondern sich konstruktiv an Reformen zu beteiligen, die an den Bedarfen der betroffenen Menschen ausgerichtet sind.

- (3) Erforderlich sind allerdings weitergehende Verbesserungen für Langzeitarbeitslose und ihre Familien. Für den SoVD bleibt Leitmaßstab eine umfassende „Inklusion“ in Arbeit und Gesellschaft an Stelle Ausgrenzung und Herabstufung in Hartz IV.

Ebenso anzumahnen ist eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung in den Job Centern, um die berufliche Eingliederung der Langzeitarbeitslosen zu verbessern.

Zudem ist die Arbeitsvermittlung wieder stärker auf die Arbeitsagenturen zu verlagern.

An Stelle kurzatmiger Trainingsmaßnahmen sind ausreichende Qualifizierung und berufliche Rehabilitationsmaßnahmen zu fördern.